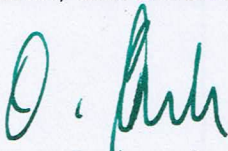


**Vorlage
zur Beschlussfassung**

für die Sitzung des Bezirksamtes am Dienstag, dem 26.02.2019

1. Gegenstand der Vorlage: Drucksache Nr. 0869/XX vom 17. Oktober 2018
Beschluss der BVV
Keine Übergriffe auf autonome
Jugendeinrichtungen
2. Berichterstatter: Bezirksstadtrat Oliver Schworck
3. Beschluss: Das Bezirksamt beschließt, die beiliegende Vorlage
-Mitteilung zur Beschlussfassung- an die
Bezirksverordnetenversammlung weiterzuleiten.
4. Begründung: Ist der Anlage zu entnehmen.
5. Rechtsgrundlage:
6. Auswirkungen auf die Gleichstellung der
Geschlechter: keine
7. Haushaltmäßige/
Personalkwirtschaftliche
Auswirkungen:
8. Nachhaltigkeit : siehe Anlage
9. Unterrichtung der BVV: siehe hierzu Punkt 3.
10. Mitzeichnung:

Berlin, den 26.02.2019



Oliver Schworck

Auswirkungen von Bezirksamtsbeschlüssen auf eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Lokalen Agenda 21

Nachhaltigkeitskriterium	keine Auswirkungen	positive Auswirkungen		negative Auswirkungen		Bemerkungen
		quantitativ	qualitativ	quantitativ	qualitativ	
1. Fläche	X					
2. Wasser	X					
3. Energie	X					
4. Abfall	X					
5. Verkehr	X					
6. Immissionen	X					
7. Einschränkung von Fauna und Flora	X					
8. Bildungsangebot	X					
9. Kulturangebot	X					
10. Freizeitangebot	X					
11. Partizipation in Entscheidungsprozessen		X	X			
12. Arbeitslosenquote	X					
13. Ausbildungsplätze	X					
14. Betriebsansiedlungen						
15. Wirtschaftl. Diversifizierung nach Branchen	X					
16. Demografischer Wandel	X					

Entsprechende Auswirkungen sind lediglich anzukreuzen.

DRUCKSACHEN
DER BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG TEMPELHOF-SCHÖNEBERG
VON BERLIN
- XX. Wahlperiode -

2019

Lfd.Nr.
Drucks.Nr. 0869/XX

MITTEILUNG - zur Kenntnisnahme -

des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg von Berlin
über den Beschluss der BVV vom 17. Oktober 2018 - Drucksache Nr. 0869/XX

Keine Übergriffe auf autonome Jugendeinrichtungen

Die BVV fasste auf ihrer Sitzung am 17. Oktober 2018 folgenden Beschluss:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Hintergründe für den massiven Polizeieinsatz in den Jugendeinrichtungen Potse und Drugstore in der Nacht vom 15. auf den 16. September mit allen Beteiligten und zuständigen Stellen aufzuklären. Dabei soll insbesondere geprüft werden, inwieweit den polizeilichen Maßnahmen objektivierbare Tatsachen zu Grunde lagen und die Verhältnismäßigkeit gewahrt wurde. Die Aufklärung dient auch dazu, schnellstmöglich wieder eine Vertrauensbasis zwischen dem Polizeiabschnitt und den Jugendinitiativen herzustellen. Das Bezirksamt soll dabei vermitteln. Ferner soll das Bezirksamt die Jugendlichen im Bedarfsfall über in Frage kommende juristische, psychosoziale und sonstige Hilfsangebote im Bezirk informieren.

Zur Lösung des derzeitigen Nutzungskonfliktes soll das Bezirksamt Gespräche mit Rent24 und Vertreter_innen der autonomen Jugendzentren führen.

Dem Bezirksamt wird empfohlen, sich nach Aufklärung des Sachverhalts mit der zuständigen Senatsverwaltung für Inneres über nötige Schlussfolgerungen zu verständigen.

Das Bezirksamt wird ferner ersucht, in Abstimmung mit den zuständigen Stellen zu prüfen, ob und inwieweit eine Information und Einschaltung des Bezirksamts vor etwaigen Einsätzen der Bereitschaftspolizei verbindlich verabredet werden kann.

Das Bezirksamt teilt hierzu mit der Bitte um Kenntnisnahme mit:

Stadtrat Oliver Schworck hat sich in den Tagen nach dem Polizeieinsatz, d.h. ab Montag, den 17.09.2018 telefonisch, per E-Mail und persönlich am 19.09.2018 mit dem Leiter des Führungsdienst der Direktion 4, Abschnitt 41 über den Ablauf des Polizeieinsatzes und insbesondere über die polizeilichen Maßnahmen (Anforderung

der Einsatzhundertschaft, Ausrüstung der Einsatzkräfte mit Helm, Einsatz von Videotechnik) verständigt.

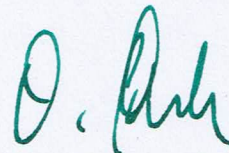
Um auch die Kollektive der Jugendeinrichtungen und die fachlich zuständigen Bezirksverordneten am Austausch zu beteiligen, die direkte Kommunikation zu fördern und zur Deeskalation beizutragen, sind ein Vertreter des Polizeiabschnitts und die Kollektive zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.09.2018 eingeladen worden, um dort ihre Position zu schildern und zu verabreden, wie Konflikte künftig vermieden werden können.

Alle Gespräche, die zwischen Bezirksamt, Vertreter_innen der Kollektive und Polizei zur Einsatzlage und zum polizeilichen Einschreiten in der Nacht vom 15. zum 16. September geführt wurden, waren von gegenseitigem Verständnis geprägt. Verabredet wurden u.a. die Kontaktaufnahme zwischen Vertreter_innen der Kollektive mit der Präventionsbeauftragten der Polizei, die persönliche Präsenz des Stadtrates bzw. des Jugendamtsleiters bei Veranstaltungen, um ggf. direkt deeskalierend tätig werden zu können sowie die Benennung von Kontakt- und Ansprechpersonen im Abschnitt, in der Verwaltung und bei den Kollektiven.

Die Maßnahmen haben dazu geführt, dass es – trotz weiterer Beschwerden von Rent24 wegen Ruhestörung – bei keiner der folgenden Veranstaltungen der Jugendeinrichtungen Potse und Drugstore bis Jahresende zu einem wiederholten Einsatz der o.g. polizeilichen Maßnahmen gekommen ist.

Berlin Tempelhof-Schöneberg, den 21.2. 2019

Angelika Schöttler
Bezirksbürgermeisterin



Oliver Schworck
Bezirksstadtrat